

Fragen

**für die Fragestunde der 141. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Februar 2008**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Addicks, Karl (FDP)	7, 8	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Barth, Uwe (FDP)	10, 11	Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	12, 13
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	48, 49
Bender, Birgitt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	45	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55
Blank, Renate (CDU/CSU)	37, 38	Lamp, Helmut (CDU/CSU)	28, 29
Bluhm, Heidrun (DIE LINKE.)	25, 26	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	9, 44
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	4	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 24	Rohde, Jörg (FDP)	46, 47
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Schmitt, Heinz (Landau) (SPD)	14, 15
Haustein, Heinz-Peter (FDP)	50, 51	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2, 3	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Hermann, Winfried (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	40, 41	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	30, 36
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	39	Waitz, Christoph (FDP)	52, 53
Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.)	27	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	6, 31	Wolff, Hartfrid (Rems-Murr) (FDP)	1

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
**Hartfrid
Wolff**
(Rems-Murr)
(FDP) Ist es zutreffend, dass das Bundesministerium der Finanzen in Bezug auf den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) des Bundesministeriums der Justiz Steuerausfälle in Höhe von rund 15 Mrd. Euro befürchtet, und inwiefern will die Bundesregierung konkret den Entwurf eines BilMoG ändern, um das Gesetz wie angekündigt steuerneutral zu halten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie stellt die Bundesregierung bei der Preisgestaltung der künftigen Partnerschaften Deutschland Gesellschaft (PDG) sicher, dass das Beratungsangebot der Gesellschaft auch für finanzschwache Gebietskörperschaften finanzierbar ist, und hält die Bundesregierung den Neutralitätsanspruch der Partnerschaften Deutschland Gesellschaft mit der Darstellung auf der Internetseite www.partnerschaftendeutschland.de für vereinbar, wonach der Vorteil einer Beteiligung privater Unternehmungen darin besteht, dass sie „den Marktaufbau von ÖPP auch im eigenen Interesse“ (ÖPP = Öffentlich-Private Partnerschaften) unterstützen?
3. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Höhe der im Wesentlichen durch Entlastungen beim Wohngeld erzielten Einsparungen der Bundesländer in der Folge von Hartz IV und die Einhaltung der Zusage seitens der Länder, diese Einsparungen vollständig an die Kommunen weiterzuleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(DIE LINKE.) Wie erklärt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, den Widerspruch zwischen seinen Aussagen, dass die deutsche Stahlindustrie der Forderung der Fraktion

DIE LINKE., die Emissionszertifikate der deutschen Stahlindustrie zu auktionieren, nur in der Weise entsprechen kann, die Stahlproduktion in andere Länder zu verlagern und weitere CO₂-Reduktionen in dieser Branche nur „gegen die Physik“ möglich seien (vgl. Plenarprotokoll 16/138, S. 14576 f.), sowie den Angaben der Stahlindustrie, die für den Zeitraum von 2012 bis 2020 eine weitere Senkung der spezifischen CO₂-Emissionen der Rohstahlerzeugung mit Fremdstrom um 5 Prozent für gegeben hält (vgl. Vortrag von Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Bubsheim, 21. November 2007)?

5. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Instrumenten will die Bundesregierung dafür sorgen, dass neben Wind-Offshore weitere Meeresenergien entwickelt und in großem Umfang in deutschen Gewässern genutzt werden, und wie steht die Bundesregierung zu einer Gleichbehandlung der wassergebundenen Meeresenergien mit Windenergie-Offshore bei den Vergütungssätzen im Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie bei der Finanzierung der Netzkosten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

6. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung, die zur konstituierenden Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) durch das Land Nordrhein-Westfalen eingereichte Diskussionsgrundlage zum Ausbau des Stipendiensystems in Deutschland, und welche Position und Vorschläge vertritt die Bundesregierung in den weiteren Abstimmungen bzw. einer geplanten Arbeitsgruppe zum Ausbau des Stipendiensystems?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in die inhaltliche Entwicklung und Umsetzung der Zimbabwe Economic Development Strategy (ZEDS) involviert, und sind an die ZEDS politische Bedingungen an das Mugabe-Regime geknüpft?

8. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem von den SADC-Staaten (SADC: Southern Africa Development Community) auf ihrem Gipfeltreffen in Lusaka im August 2007 angekündigten, an keine politischen Bedingungen geknüpften Economy Recovery Plan für Simbabwe?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

9. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welche Einwände hat die polnische Regierung gegen das geplante Zentrum gegen Vertreibung gegenüber dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, vorgebracht, und wie werden diese Einwände konkret in den geplanten Kabinettsbeschluss einfließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
Uwe Barth
(FDP)
- Welche neuen Bundesbehörden hat die Bundesregierung an welchen Standorten seit Beginn der 16. Wahlperiode angesiedelt, und aus welchen Vorgängerbehörden sind diese gegebenenfalls entstanden?
11. Abgeordneter
Uwe Barth
(FDP)
- Welche neuen Bundeseinrichtungen wird die Bundesregierung bis zum Ende der 16. Wahlperiode errichten, und wo sollen diese ihren Sitz nehmen?
12. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Welche aktuellen Erkenntnisse über die Ursachen des Großbrandes in Ludwigshafen liegen der Bundesregierung vor, und kann hierbei insbesondere eine politisch motivierte Brandstiftung ausgeschlossen werden?

13. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise werden die Experten aus der Türkei in die laufenden Arbeiten zur Brandursachenermittlung einbezogen, und welche eigenen Ermittlungsbefugnisse werden ihnen gewährt?
14. Abgeordneter
Heinz Schmitt
(Landau)
(SPD)
- Ist es richtig, dass der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Peter Altmaier, am 26. Januar 2008 bei einer so genannten Einweihungsveranstaltung in der Dienststelle der Bundespolizei Lauterbourg mitgewirkt hat, bei der es laut Einladung um den „Startschuss für die bundesweit erste deutsch-französische operative Polizeidienststelle“ ging, und welche konkreten Planungen des Bundesministeriums des Innern gibt es hinsichtlich der Dienststelle der Bundespolizei in Lauterbourg?
15. Abgeordneter
Heinz Schmitt
(Landau)
(SPD)
- Welche Aufgaben werden im Rahmen dieser deutsch-französischen operativen Zusammenarbeit von der Dienststelle Lauterbourg/Bienwald übernommen, die für den gesamten Grenzverlauf in der Süd- und Südwestpfalz zuständig ist, und wie viele neue Personalstellen sind hierfür vorgesehen?
16. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die Vorschläge des EU-Kommissars für Justiz, Freiheit und Sicherheit, Franco Frattini, Fluggastdaten, wie Reisetern und Reiseroute, E-Mail-Adressen, Telefonnummern oder Kreditkarteninformationen für Flüge in die und aus der EU 13 Jahre auf Vorrat zu speichern, für verhältnismäßig und für vereinbar mit dem informationellen Selbstbestimmungsrecht in Deutschland und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR)?
17. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Dateien werden mit welchen Datensätzen von der Bundespolizei angelegt, um die künftig per automatischem Zugriff erlangten Reisedaten von 29 Millionen Schiffspassagieren zu erfassen und auszuwerten?
18. Abgeordneter
Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat das Bundesministerium der Justiz, obwohl es um Strafverfolgungszwecke geht, nicht die Federführung innerhalb der Bundesregierung beim Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zu Strafverfolgungszwecken?

19. Abgeordneter
Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bekannt gewordenen Bedenken des Juristischen Dienstes des Rates, dass im Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zu Strafverfolgungszwecken mit Titel VI des Vertrages über die Europäische Union eine falsche Rechtsgrundlage gewählt worden sein soll?
20. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den vorliegenden Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zu Strafverfolgungszwecken im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 65, 1, 47), wonach ein „strikte[s] Verbot der Sammlung personenbezogener Daten auf Vorrat“ besteht, und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (Urteil vom 4. Mai 2000 – 28341/95 – Rotaru, Tz. 57 ff.), wonach eine solche Datensammlung eine Verletzung von Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) darstellt?
21. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung zu, dass die im vorliegenden Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zu Strafverfolgungszwecken vorgesehene verdachts- und anlasslose Speicherung der Daten von Fluggästen den Weg zu einem Präventionsstaat bereitet, der die Bürger schon vorbeugend überwacht?
22. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung im vorliegenden Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zu Strafverfolgungszwecken das Prinzip Zweckbindung der Datenerhebung gewahrt, und wie beurteilt sie in dieser Hinsicht insbesondere Artikel 3 Abs. 5, Artikel 8 Abs. 1 und Artikel 11 Abs. 2 des Vorschlags?
23. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die Geheimdienste keinen Zugriff auf die nach dem geplanten Rahmenbeschluss über die Verwendung von Fluggastdaten zu speichernden Daten erhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung die genau darauf abzielenden Forderungen des Bundesratsinnenausschusses vom 4. Februar 2008 in der vorgeschla-

genen Beschlussempfehlung des Bundesrates zu dem PNR-Rahmenbeschluss (Bundratsdrucksache 826/1/07, Nr. 24)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

24. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Milliarden Euro wurden in Deutschland seit 1949 für Steinkohlesubventionen (Kohlepfennig und Haushaltsmittel) bis Ende 2007 ausgegeben (Angaben möglichst auf den heutigen Geldwert bezogen), und wie viele Milliarden Euro sollen hierfür noch ausgegeben werden?
25. Abgeordnete
Heidrun Bluhm
(DIE LINKE.)
- Bei welchen Weltausstellungen und vergleichbaren Veranstaltungen hat die Bundesregierung seit 1980 die Kölnmesse mit der Organisation, dem Bau und der Gestaltung des deutschen Beitrags beauftragt?
26. Abgeordnete
Heidrun Bluhm
(DIE LINKE.)
- Wer – Name und Berufsbezeichnung – gehört der „breit aufgestellten Auswahlkommission“ an, die im September 2007 die eingereichten Grobkonzepte für den deutschen EXPO-Beitrag bewertete, die Teilnehmer für die Ausarbeitung des Feinkonzepts auswählte und im März 2008 die endgültige Entscheidung über das Konzept für den deutschen Pavillon auf der EXPO 2010 in Shanghai treffen wird?
27. Abgeordneter
Hans-Kurt Hill
(DIE LINKE.)
- Durch welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass es bei einem stetig wachsenden Anteil erneuerbarer Energien und einer zunehmenden Netzanschluss- und Nutzungskonkurrenz zwischen erneuerbaren Energieanlagen und neuen fossil betriebenen Großkraftwerken bei gleichzeitig ungenügendem Ausbau der Stromnetze nicht zu Versorgungslücken im deutschen Stromnetz kommt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

28. Abgeordneter
**Helmut
Lamp**
(CDU/CSU) Wie groß (in ha) ist die agrarisch nicht genutzte landwirtschaftliche Fläche in der EU und innerhalb Europas (d. h. einschließlich auch der Nicht-EU-Staaten)?
29. Abgeordneter
**Helmut
Lamp**
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung das Potential zur Ertragssteigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Europa bis 2030?
30. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich der Entwicklung von Angebot und Nachfrage für gentechnikfreie Futtermittel einerseits und kennzeichnungspflichtige Futtermittel andererseits für die letzten 24 Monate vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

31. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.) Hält die Bundesregierung die bestehenden Förderprogramme zur Senkung der Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher, welche Presseberichten zufolge „nur etwa 1 500 Jugendliche [...] – pro Jahr“ erreichen (vgl. die tageszeitung vom 6. Februar 2008), für ausreichend, um die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher bis 2010 auf die Hälfte zu reduzieren, oder inwieweit plant sie einen Ausbau des benannten oder anderer Förderprogramme (ggf. in Kooperation mit den Ländern)?
32. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen oder Veranstaltungen oder Veranstaltungsteile des oder für das „Christival 2008“ vom 30. April bis 4. Mai 2008 in Bremen werden aus Mitteln des Bundeshaushalts direkt oder indirekt über welche Träger (Christival e. V., Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e. V., CVJM o. a.) gefördert?

33. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche einzelnen Seminare und Themenstellungen sind in diese Förderung einbezogen bzw. einbezogen gewesen (z. B. Seminartitel 644: Homosexualität verstehen – Deutsches Institut für Jugend und Gesellschaft; Seminartitel 650: Tabuthema: Jungen als Opfer sexuellen Missbrauchs – Wüstenstrom e. V.; Seminartitel 642: Sex ist Gottes Idee – Abtreibung auch? – Dr. Markus Arnold, Schwangerschaftskonfliktberater, Die Birke e. V.), und wie beurteilt die Bundesregierung diese aus humanwissenschaftlicher Sicht und unter Gesichtspunkten des Jugendschutzes?
34. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung das Bedauern der Veranstalter des „Christival 2008“ über die Absage des Seminars „Homosexualität verstehen – Chance zur Veränderung“, und teilt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Schirmherrin des „Christival 2008“ die Zurückweisung der Veranstalter von Kritik an diesem Seminar als „völlig unbegründet“?
35. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wird das „Christival 2008“ aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans der Bundesregierung unterstützt, und entsprechen Veranstaltungen wie das o. g. Seminar den Zielsetzungen des Kinder- und Jugendplans?
36. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Entspricht es der Tatsache, dass ein Antrag auf finanzielle Unterstützung für die Koordinierung des Alternativberichtes zum 6. Staatenbericht an den CEDAW-Ausschuss von der aktuellen Bundesregierung entgegen früherer Praxis abgelehnt wurde, und wenn ja, mit welcher sachlichen Begründung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

37. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Produktion von zwei Kurzfilmen über den Donauausbau gefördert, und wenn ja, mit welchem Betrag?

38. Abgeordnete
**Renate
Blank**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass bei einem Donauausbau mit der Variante C280 ein hervorragendes Auengebiet entstehen könnte?
39. Abgeordneter
**Peter
Hettlich**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse konnte die Bundesregierung bislang über die Machbarkeit und Finanzierbarkeit der Dachverlängerung des Berliner Hauptbahnhofes gewinnen, und wie ist der Zeitplan für den Fortgang der Überprüfung?
40. Abgeordneter
**Winfried
Hermann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung bei der parallelen Prüfung der beiden für die Teilprivatisierung der Deutsche Bahn AG (DB AG) vorgeschlagenen Modelle (Vorzugsaktienmodell vs. Holdingmodell) gekommen, und was waren die Kriterien, die dieser Entscheidung zu Grunde lagen?
41. Abgeordneter
**Winfried
Hermann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass der Vorstand der DB AG laut Angaben der „FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND“ vom 4. Februar 2008 bereits für Oktober 2008 eine Teilprivatisierung der Transportsparten des Unternehmens vorbereitet (Holdingmodell), obwohl noch keine parlamentarische Entscheidung gefallen ist?
42. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Sachstand bei der vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgeschlagenen Einrichtung einer Pilotstrecke zur Fahrradmitnahme im ICE, und welche Vorschläge für mögliche Pilotstrecken hat die Bundesregierung der Deutsche Bahn AG unterbreitet?
43. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag des Staatssekretärs im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, Rudolf Köberle, die Gäubahn Stuttgart–Zürich als Pilotstrecke für den Versuch einer Fahrradmitnahme im ICE auszuwählen, und hat die Bundesregierung diesen Vorschlag in die diesbezüglichen Gespräche mit der Deutsche Bahn AG schon eingebracht?

44. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn, dass die Deutsche Bahn AG als Betreiber des Flughafens Tempelhof auftreten könnte, und entspricht die Unterstützung des Volksbegehrens „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen“ durch den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn (vgl. BERLINER MORGENPOST vom 6. Februar 2008) den Intentionen der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

45. Abgeordnete
**Birgitt
Bender**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden die nach § 242 Abs. 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch möglichen Prämienauszahlungen, die eine Krankenkasse vornehmen kann, wenn die Zuweisungen aus dem zum 1. Januar 2009 vorgesehenen Gesundheitsfonds ihren Finanzbedarf übersteigen, bei Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II auf den Regelsatz angerechnet?
46. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Wie hoch ist der Rentenanspruch, den man aus einer Riesterrente erhält, wenn man bei einem Einkommen von 1 200 Euro 30 Jahre lang den vollen Beitrag zur Riesterrente erbracht hat?
47. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Wieso soll es keinen Anrechnungsfreibetrag bei privater und betrieblicher Altersvorsorge geben, wo doch auch bei Zuverdienst im Alter neben der Grundsicherung schon heute ein Freibetrag eingeräumt wird?
48. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)
- Wie hoch ist die Altersversorgung eines Versicherten, der 35 Jahre lang 1 100 Euro brutto monatlich verdient und ab dem 65. Lebensjahr die gesetzliche Rente und Riesterrente bezieht?
49. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)
- Wie hoch ist diese Versorgung, wenn man berücksichtigt, dass das Nettolohnersatzniveau nach Steuern der gesetzlichen Rente bis 2030 um etwa 20 bis 25 Prozent absinkt?

50. Abgeordneter
**Heinz-Peter
Haustein**
(FDP)
- Welche sieben Pensionskassen und welches Lebensversicherungsunternehmen befanden sich nach Angabe der Bundesregierung, Antwort auf Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 16/7664, in den letzten Jahren in finanziellen Schwierigkeiten?
51. Abgeordneter
**Heinz-Peter
Haustein**
(FDP)
- Erhielten die Betriebsrentner aufgrund der in sechs Fällen eingetretenen Schwierigkeiten und Kürzungen der auszuzahlenden Betriebsrenten, wie von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 16/7664 angegeben, tatsächlich niedrigere Renten, oder wurde dies durch Arbeitgeberhaftung oder ein Gesamtversorgungssystem aufgefangen?
52. Abgeordneter
**Christoph
Waitz**
(FDP)
- Welche Auswirkungen haben die von der Bundesregierung im Verordnungswege umgesetzten EG-Richtlinien 2002/44/EG und 2003/10/EG zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdung durch Lärm und Vibrationen (EU-Lärmschutzrichtlinie) auf angestellte Orchestermusiker, und inwieweit wurden die besonderen Arbeitsbedingungen von Orchestern und vergleichbaren Musik- und Theaterbetrieben bei der nationalen Umsetzung der EU-Lärmschutzrichtlinie berücksichtigt?
53. Abgeordneter
**Christoph
Waitz**
(FDP)
- In welchen Bereichen geht die nationale Umsetzung der EU-Lärmschutzrichtlinie über europäische Vorgaben hinaus, und welche Ergebnisse hat die von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin eingesetzte Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Kodexes im Sinne des Artikels 14 der Richtlinie vorgelegt?
54. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat der Nationale Normenkontrollrat die zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld unter dem Aspekt der Entstehung von Bürokratiekosten bewertet?

55. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Folgen erwartet die Bundesregierung für Unternehmensgründungen, wenn aufgrund der genannten Verordnung Selbstständige, die auf ergänzende Arbeitslosengeld-II-Leistungen angewiesen sind, im Jobcenter zur Ermittlung von „vermeidbaren“ tatsächlichen Betriebsausgaben losgelöst vom Steuerrecht eine spezielle, in das Ermessen des Fallmanagers gestellte Buchführung vorlegen müssen?

